

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion der AfD

Vorlagen Nr.:
A/3/0053

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	12.10.2020

Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Zweckentfremdung von Steuergeldern beenden - Weg mit Erlass 350a!"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

„Der Landrat wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung für die unverzügliche Aufhebung des Erlasses 350a vom 20. Juli 2017 (Videoüberwachung des Ministeriums für Inneres und Europa) einzusetzen.“

Begründung:

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern gibt Mio. Euro dafür aus, die vielen Asylbewerberunterkünfte im Land bewachen zu lassen. Die Verpflichtung dazu, findet sich im Erlass 350a vom 20. Juli 2017, welcher durch den im § 3 KV MV festgeschriebenen übertragenen Wirkungskreis auf die Landkreise übertragen wird.

Allein im Jahr 2019 wurden im Landkreis Vorpommern-Rügen über 2.271.560,00 Euro für die Sicherstellung der Bewachungen von Gemeinschaftsunterkünften ausgegeben. Unabhängig davon, ob die Landkreise die Kosten vom Land erstattet bekommen, werden hier deutsche Steuergelder zweckentfremdet, die gerade in Vorpommern-Rügen für andere Projekte dringend benötigt werden.

gez. Dario Seifert
Kreistagsmitglied
Kreistagsfraktion AfD

gez. Philipp Laars
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion AfD